



# Dokumentation der Deutsch-Polnischen Konferenz „Raum ohne Grenzen“

am 15.10.2014 im Bundesministerium für Verkehr und  
digitale Infrastruktur in Berlin



## Plenum

### Begrüßung und Einleitung

*Dr. Marzenna Guz-Vetter*

#### *Europäische Kommission - Vertretung in Deutschland*

Die Moderatorin der Plenarveranstaltung begrüßt die Anwesenden und erläutert den Kontext, in dem die Konferenz als Abschlussveranstaltung des 2011 ins Leben gerufenen Modellvorhabens der Raumordnung „Wettbewerb für modellhafte deutsch-polnische Kooperationsprojekte“ steht. Sie verweist auf die Rolle Polens bei den Ereignissen, die vor 25 Jahren zum Fall der Berliner Mauer führten und äußert die Hoffnung, dass von der Veranstaltung wichtige Impulse für die Gestaltung der zukünftigen Zusammenarbeit in der Raumordnung und auch im Rahmen von INTERREG V zwischen Deutschland und Polen ausgehen werden.



### Begrüßung

*Katherina Reiche, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI)*

stellt das Ziel der Veranstaltung vor: es geht darum, gemeinsam in die Zukunft zu schauen und Visionen zu erarbeiten – Raumordnung ist immer vorausschauend. Dabei hilft es, sich an den Werdegang der deutsch-polnischen Zusammenarbeit in der Raumordnung seit den 1990er Jahren zu erinnern. Die Chancen gemeinsamer Problembewältigung beiderseits Oder und Neiße sind erkannt worden. Es besteht – trotz der Sprachbarriere – ein breites Fundament erfolgreicher Zusammenarbeit, Partnerschaften und Freundschaften. Das war eine großartige Pionierarbeit, für die sie allen Beteiligten Dank und Respekt ausdrückt.



Die Rahmenbedingungen für die Kooperation sind heute viel günstiger als Anfang der 1990er Jahre, mit Deutschland und Polen als gleichberechtigten Mitgliedern der Europäischen Union. Der freie Waren- und Personenverkehr hat Siedlungsstrukturen verändert. Dabei sind beiderseits der Grenze ähnliche Änderungen festzustellen. So ist z.B. aus ESPON bekannt, dass aus den meisten Teilen des deutsch-polnischen Grenzraums junge Frauen wegziehen – nur in Berlin und Stettin ist das nicht der Fall. Es ist wichtig, sich solche Fakten bewusst zu

machen und für die weitere Planung zu nutzen: Wer seine Region erfolgreich entwickeln will, der muss, um ihre Potentiale voll zu erkennen, in funktionalen Bezügen denken und erkennen, dass sich diese funktionalen Verbindungen auch grenzüberschreitend ergeben können. Städte und ihr Umland können zusammenarbeiten, auch wenn sie in zwei verschiedenen Staaten liegen. In den Metropolregionen, die sich im Grenzraum bereits gebildet haben, sind diese grenzüberschreitenden Funktionalräume nachvollzogen worden. Das alles ist keine akademische Übung, sondern trägt unmittelbar dazu bei, den Menschen in der Region den Alltag im Grenzgebiet so leicht wie möglich zu machen.

Die Forschungsergebnisse aus dem Raumbenennungsnetzwerk ESPON sind darüber hinaus eine wichtige Grundlage für neue gemeinsame Projekte. Sie verdeutlichen größere Entwicklungstendenzen, in die sich die deutsch-polnische Grenzregion einordnen lässt. Das hier gewonnene Wissen hilft, neue Möglichkeiten und Chancen zu erkennen - welche Themen besonders lohnend für die Zusammenarbeit sind und welche Instrumente besonders geeignet.

Der Wettbewerb für modellhafte deutsch-polnische Kooperationsprojekte hat gezeigt, dass funktionale Bezüge über die Grenze hinweg bereits tief im Denken, Planen und Handeln der Akteure verankert sind. Andererseits werden Instrumente, die beim Umgang mit grenzübergreifenden Herausforderungen behilflich sein können, im deutsch-polnischen Grenzraum noch wenig angewandt, so z.B. der Europäische Verbund für Territoriale Zusammenarbeit (EVTZ). Auch zu diesem Thema wurde ein Modellvorhaben der Raumordnung des BMVI durchgeführt und ein Leitfaden erstellt.

Die INTERREG-Programme für grenzübergreifende und transnationale Zusammenarbeit stellen wohl die größte Chance für die gemeinsame Lösung grenzüberschreitender Probleme dar. Von der Partnerbörse, die am Vortag stattgefunden hat, werden neue Projektideen und Partnerschaften erhofft.

Von der Konferenz und den Workshops erhoffen sich die Veranstalter Erkenntnisse darüber, was vor Ort diskutiert wird, welche Ideen es gibt und wo es hingehen soll – und was die Hemmnisse dabei sein können. Die Ergebnisse werden in die weitere Zusammenarbeit auf Ebene der beiden Ministerien und der Länder und Woiwodschaften einfließen, insbesondere in die Zusammenarbeit im deutsch-polnischen Raumordnungsausschuss.

**Paweł Orłowski, Staatssekretär im Ministerium für Infrastruktur und Entwicklung (MIR)** erinnert ebenfalls an die Ereignisse vor 25 Jahren und unterstreicht die Bedeutung, die damals wie heute der Solidarität zwischen Polen und Deutschland beim Aufbau eines gemeinsamen Europas zukommt. Zehn Jahre der Mitgliedschaft Polens in der EU haben beide Länder einander weiter angenähert und durch gemeinsame Vorhaben ist gegenseitiges Vertrauen gewachsen. Gerade im Bereich der grenzübergreifenden räumlichen Planung gibt es aber noch erhebliche Herausforderungen.



Der Grenzraum zu Deutschland nimmt in Polen einen besonderen Platz ein, aufgrund seines wirtschaftlichen Potenzials und Wachstums sowie der kulturellen Nähe zum Nachbarland. Hier gibt es die intensivsten Kontakte, den umfangreichsten grenzüberschreitenden Verkehr, den größten Umsatz und Gewinn des Grenzhandels und die intensivsten Formen der Zusammenarbeit kommunaler Gebietskörperschaften. Der nationalen Raumentwicklungspolitik und dem Raumnutzungskonzept Polens zufolge ist dies ein Raum zusätzlicher Entwicklungsimpulse. Es ist deshalb wichtig, die sich hier bietenden Potenziale zu nutzen. Nicht zuletzt durch die Aktivitäten der vielen beteiligten Akteure und Initiativen wie den MORO-Wettbewerb kann die deutsch-polnische Kooperation in der Raumplanung und -entwicklung zum Modell für andere Grenzräume werden.

Das Ministerium für Infrastruktur und Entwicklung der Republik Polen (MIR) ist heute vollständig für Fragen der Raumplanung und -nutzung von der lokalen über die regionale bis zur staatlichen Ebene verantwortlich, die wiederum untrennbar mit Fragen der Regionalpolitik verbunden sind. Dies erlaubt es, auf Herausforderungen der räumlichen Planung und Entwicklung durch integriertes Handeln effektiver zu reagieren. Die Verbindung der Reaktion auf lokale Bedürfnisse mit einer komplexen, strategischen Herangehensweise an Fragen der räumlichen Entwicklung kommt auch bei Gewinnerprojekten des MORO-Wettbewerbs zum Ausdruck, wie z.B. beim Europäischen Parkverbund Lausitz, dem EURO-NEISSE-Ticket und dem Projekt „Gemeinsam für den Grenzraum Niederschlesien-Sachsen“.

Staatssekretär Orłowski freut sich auf die von Visionen und Fantasie geprägten Impulse, die von den Studierenden im Rahmen der Konferenz ausgehen und dazu beitragen werden, die deutsch-polnische Kooperation um jene strategischen, langfristigen Perspektiven zu bereichern, die im Tagesgeschäft oft zu kurz kommen. Da Deutschland eine Vielzahl sehr guter Beispiele für die Stadt-Umland-Kooperation aufweist, die in Polen noch weitgehend fehlen, ist er ebenfalls sehr gespannt auf die Ergebnisse der Arbeiten zur grenzüberschreitenden Metropolregion Stettin. Diese kann auch eine gute Inspiration für die im Rahmen der nationalen Stadtentwicklungspolitik während des Förderzeitraums 2014-2020 vorgesehene Einführung der funktionalen Planung im Bereich der Woiwodschaftsstädte in Polen sein.

Da in der Raumentwicklung Effekte aller Politiken zusammentreffen und somit in der Raumplanung ihren Ausdruck finden sollten, ist der Deutsch-Polnische Raumordnungsausschuss

eine Plattform zum Erfahrungsaustausch und zur Koordination in einer Vielzahl von Fragen, nicht nur der Raumplanung im engeren Sinne, sondern z.B. auch von Fragen der Umweltverträglichkeitsprüfung und der maritimen Wirtschaft. Durch ihre integrierende Arbeit unterstützt die Kommission erfolgreich die Entwicklung gemeinsamer Politiken, in Richtung eines „Raums ohne Grenzen“, der in den vorgestellten Projekten bereits Realität geworden ist.

Die Zahl der Partner und der unterschiedlichen gesammelten Erfahrungen erlaubt es, zuversichtlich in die Zukunft zu schauen und Zeugnis darüber abzulegen, dass der deutsch-polnische Grenzraum zu einem der dynamischsten und wichtigsten funktionalen Räume in Europa werden kann.

**Dr. Marzenna Guz-Vetter** erinnert unter Rückgriff auf ihre Doktorarbeit von der Universität Breslau<sup>12</sup> an die Anfänge der deutsch-polnischen Raumordnung und grenzüberschreitenden Planung nach 1990. So hat es allein von deutscher Seite zwischen 1990 und 1992 fünf Vorschläge zu einer Intensivierung der Zusammenarbeit im deutsch-polnischen Grenzraum gegeben. Das erste gemeinsame raumordnerische Projekt, eine Studie zu den raumordnerischen Entwicklungsperspektiven des deutsch-polnischen Grenzgebiets, wurde 1995 vom Institut für Raumentwicklung in Warschau unter der Leitung von Prof. Tadeusz Sumień und Planco Consulting GMBH Essen unter der Leitung von Dr. Holger Platz vorgelegt.

Angesichts der umfangreichen Mittel, die insbesondere Polen von der EU zur Strukturförderung im Zeitraum 2014-2020 zur Verfügung gestellt bekommen hat, ist es wichtig, grenzübergreifend zu planen und die übergeordneten Zusammenhänge im Auge zu behalten.

---

2 <http://www.isp.org.pl/files/1712307450425114001127479636.pdf> (auf Polnisch)  
<http://www.isp.org.pl/files/12626021740245871001118135825.pdf> (deutsche Kurzfassung)

## Fachvorträge zur grenzübergreifenden deutsch-polnischen Raumentwicklung

Die nach den Grußworten der Staatssekretäre vorgetragenen Fachreferate werden nachfolgend umrissen. Präsentationen zu den Referaten sind online zugänglich unter: <http://www.raum-ohne-grenzen.de/programm/>

### Leitbilder und Handlungsstrategien der Raumordnung in Deutschland

*Dr. Veit Steinle, Abteilungsleiter für Grundsatzangelegenheiten im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI)*, weist eingangs darauf hin, dass Raumordnungs- und Regionalpolitik nicht nur nationale Belange betreffen, sondern Rahmenbedingungen, viele Herausforderungen und Lösungen auch grenzüberschreitend relevant sind. Es gilt deshalb, regionale Zusammenhänge und die Notwendigkeit



stärkerer Vernetzung und Kooperation noch mehr als bisher in den Fokus zu rücken. Die deutsch-polnische Kooperation ist in vielen Bereichen bereits tief verwurzelt und kann auf eine Vielzahl innovativer Lösungsansätze in der Raum-entwicklung zurückblicken. Ausgehend von den Erfahrungen an den Westgrenzen Deutschlands, wo die grenzübergreifende Kooperation bereits vor 65 Jahren begann und zu vielen grenzüberschreitenden Verflechtungen und gutnachbarschaftlichen Beziehungen geführt hat, kann eine positive Prognose für die Fortentwicklung der Zusammenarbeit an den Grenzen zu Polen und Tschechien gegeben werden, wenn der Wille zur Fortsetzung und zum Ausbau der Zusammenarbeit bestehen bleibt. Dabei ist manchmal auch viel Geduld vonnöten, da manche Probleme erst nach längerer Zeit gelöst werden können, wie das Beispiel des zwei-gleisigen Ausbaus der Eisenbahnbrücke zwischen Straßburg und Kehl beweist, der erst nach 60 Jahren Eingleisigkeit realisiert werden konnte. Mit dem nötigen Optimismus lassen sich aber hervorragende Ergebnisse in der Zusammenarbeit erzielen, die zu einer nachhaltigen Verbesserung des gegenseitigen Vertrauens beitragen.

Nach dem Exkurs zu den Erfolgen und Perspektiven grenzüberschreitender Raumplanung stellt *Dr. Veit Steinle* den Werdegang der Leitbilder und Handlungsstrategien der Raumordnung in Deutschland in groben Zügen vor:

- 1993: Ein „Raumordnungspolitischer Orientierungsrahmen“ tritt in Kraft. Er beinhaltet fünf Leitbilder für die räumliche Entwicklung in Deutschland: „Siedlungsstruktur“, „Umwelt und Raumnutzung“, „Verkehr“, „Europa“ und „Ordnung und Entwicklung“.
- 1995: Die Ministerkonferenz für Raumordnung beschließt einen Handlungsrahmen, der die Leitvorstellungen des Orientierungsrahmens konkretisiert.

- 2006: Die „Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland“ werden verabschiedet. Sie umfassen drei Leitbilder:
  - „Wachstum und Innovation“
  - „Daseinsvorsorge sichern“
  - „Ressourcen bewahren, Kulturlandschaften gestalten“.

Diese Leitbilder konkretisieren die Ziele, Grundsätze und Leitvorstellungen der Raumordnung und lösen den Orientierungs- und Handlungsrahmen ab.

Seit Mitte 2013 wird von der Raumordnung in Bund und Ländern die Weiterentwicklung ihrer Leitbilder und Handlungsstrategien diskutiert.

Dabei werden u.a. in den Leitbildern von 2006 nicht ausreichend thematisierte Handlungsfelder und -strategien aufgegriffen. Beispiele dafür sind die Themen:

- Sicherung der Mobilität und Logistik
- Belange der digitalen Infrastruktur
- partnerschaftliches Miteinander von Stadtregionen und ländlichen Räumen
- raumplanerische Anforderungen an den Klimaschutz
- Energiewende
- maritime Raumordnung und
- Raumnutzung unter Tage

Im Mittelpunkt stehen weiterhin die drei o.g. Schwerpunkte, teilweise unter abgeändertem Titel. Sie beinhalten folgende grenzübergreifende Aspekte:

- „Wettbewerbsfähigkeit stärken“
  - Aktivierung und Ausbau der Stärken, u.a. in allen Teilen sich ausdehnender Verflechtungsräume sowie in grenzüberschreitenden Regionen,
  - zugleich Unterstützung von Räumen mit besonderem strukturellem Handlungsbedarf.
- „Daseinsvorsorge sichern“
  - Stärkung interkommunaler und regionaler Kooperation – auch grenzüberschreitend – sowie des Zusammenwirkens von öffentlicher Hand, zivilgesellschaftlichem Engagement und privater Wirtschaft.

- „Raumnutzung steuern“
  - Entwicklung gemeinsamer Beiträge für eine maritime Raumordnung in der Ostsee,
  - Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Hochwasserschutz,
  - regionale grenzübergreifende Leitbilder zur Erhaltung und Entwicklung von Kulturlandschaften.

Der Entwurf durchlief ein zweistufiges Konsultationsverfahren:

- Phase 1: direkte Ansprache der breiten Fachöffentlichkeit und Nachbarstaaten,
- Phase 2: internetbasierte Konsultation eines breiten öffentlichen Adressatenkreises.

Stellungnahmen liegen u.a. vom MIR vor. Die Kernpunkte des Entwurfs - wie die beibehaltene thematische Grundausrichtung der drei Leitbilder sowie die thematischen Ergänzungen - wurden mehrheitlich positiv aufgenommen. Kritische Anmerkungen betreffen u. a. Forderungen nach:

- einer noch stärkeren Ausrichtung auf Umwelt- und Naturschutzbelange,
- einer deutlicheren Positionierung zum Umgang mit Zielkonflikten,
- einem vierten Leitbild „Klimawandel, Energiewende“.

Derzeit erfolgt die Auswertung und Aufbereitung der Stellungnahmen, um der Ministerkonferenz für Raumordnung eine fundierte Diskussions- und Entscheidungsgrundlage für den weiteren Prozess vorzulegen.

## **Herausforderungen der Zusammenarbeit in der Raumplanung im deutsch-polnischen Grenzraum**

*Dr. Maciej Zathey, Abteilungsleiter Regionalentwicklung im Marschallamt der Woiwodschaft Niederschlesien* stellt seine Sicht auf den aktuellen Stand und die Perspektiven der Zusammenarbeit in der Raumplanung im deutsch-polnischen Grenzraum vor. Eingangs betrachtet er den Stand der deutsch-polnischen Zusammenarbeit in der Raumordnung zehn Jahre nach dem EU-Beitritt Polens.



Zu den Errungenschaften der Kooperation zählt er:

- moderne Planungsdokumente auf deutscher wie auch auf polnischer Seite, die dem territorialen Ansatz folgen, der u.a. in der Territorialen Agenda der EU fixiert ist,

- formale Gremien wie den Deutsch-Polnischen Raumordnungsausschuss und die Deutsch-Polnische Regierungskommission,
- die parallel zueinander erarbeiteten Karten der Investitionsvorhaben im polnischen und im deutschen Teil des deutsch-polnischen Grenzraums,
- Planung im Einklang mit den elf thematischen Zielen der EU-Kohäsionspolitik, die in Polen wie in Deutschland gelten.

Das Problem besteht jedoch darin, dass wir nebeneinander und nicht gemeinsam planen, was z.B. gut an den Karten der Investitionsvorhaben zu sehen ist. Die Herausforderung besteht deshalb darin, eine gemeinsame Vision für die Entwicklung des Grenzraums zu entwickeln.

Der 2006 unter dem Titel „Oder-Partnerschaft“ begonnene informelle Prozess zur Schaffung eines gemeinsamen Kooperationsraums hat erhebliche Disproportionen zwischen den Kompetenzen der deutschen Länder und der polnischen Woiwodschafts-Selbstverwaltung ans Tageslicht gebracht. Dies erschwert den Dialog und das Finden gemeinsamer Lösungen, denn es müssen dafür immer auch die Ministerien von nationaler Ebene einbezogen werden.

Ein positives Beispiel für die dennoch stattfindende Zusammenarbeit ist die Karte „Entwicklung der überregionalen Verkehrsinfrastruktur in der Oder-Partnerschaft“<sup>3</sup>, die die Investitionsvorhaben im Bereich der Verkehrsinfrastruktur im Gebiet der Oder-Partnerschaft abbildet. Die Karte wurde nach ihrer Verabschiedung im Raumordnungsausschuss von der Deutsch-Polnischen Regierungskommission als Grundlage für zukünftige deutsch-polnische Abstimmungen im Verkehrsbereich angenommen. Sie ist ein Beispiel dafür, dass es möglich ist, schnell und effektiv gemeinsam zu handeln. In der Tat ist dies mehr als nur eine Karte, die Vorhaben und Absichten abbildet. Sie ist der grafische Ausdruck intensiver planerischer Arbeit. Gemeinsame Planung ist die Definition von Entwicklungsrichtungen auf der Grundlage von Ressourcen und Bedingungen. Planerischer Arbeiten wie dieser bedarf es, um Zuständen zu begegnen, wie sie z.B. bei der Eisenbahnverbindung Berlin-Breslau eingetreten sind.

Weitere notwendige Schritte zu einer effektiveren räumlichen Planung wären gemeinsame Entwicklungspläne, die sowohl die sozioökonomische als auch die räumliche Entwicklung berücksichtigen. Ein erster Schritt zur Integration von Entwicklungsplanung und Raumplanung in Polen hat mit der Bildung des Ministeriums für Infrastruktur und Entwicklung bereits stattgefunden. Der nächste Schritt wäre die Schaffung einheitlicher gesetzlicher Grundlagen, um die Dichotomie beider Planungen zu überwinden. Dies ergibt sich aus den EU-Vorgaben zum territorialen Ansatz. Ein Beispiel für die fehlende Integration von Entwicklungspolitik und Raumplanung ist die nicht vorhandene Verknüpfung der INTERREG-A-Programme mit dem Raumplanungssystem. Für eine effektivere Planung ist es auch wichtig, Raum als eine endliche, schwer regenerierbare Ressource zu betrachten.

---

<sup>3</sup> [http://www.stk.brandenburg.de/media\\_fast/lbm1.a.4856.de/oder\\_partner.pdf](http://www.stk.brandenburg.de/media_fast/lbm1.a.4856.de/oder_partner.pdf)

Die derzeit zur Verfügung stehenden Instrumente der grenzübergreifenden Raumplanung sind allesamt informell und umfassen:

- informelle Planung, z.B.
  - INTERREG-Projekte wie Via Regia (Vision, nicht verbindlich),
  - Grenzübergreifende Metropolregion Stettin,
  - IPPON (in Polen),
  - MORO, z.B. „Kooperation und Vernetzung im Nordosten“ / „Metropolregion Sachsendreieck“ (in Deutschland).
- informelle Foren zum Informationsaustausch, z.B.
  - Deutsch-Polnischer Raumordnungsausschuss,
  - Oder-Partnerschaft.

An Beispielen wie IPPON und MORO, bei denen jeweils das Pendant auf der anderen Seite der Grenze fehlt, wird deutlich, wie wichtig die gemeinsame Entwicklung gemeinsamer Visionen ist - statt einer Planung nebeneinander, wenn auch unter Beachtung dessen, was im Nachbarland geschieht.

EU-Mittel können zur Erstellung grenzüberschreitender Konzepte genutzt werden. Es gibt aber keine Institutionen, die dazu berechtigt sind, grenzüberschreitende planerisch tätig zu werden. Sowohl den Raumplanungsbüros der Woiwodschaften als auch den entsprechenden Stellen der Länder fehlen dafür die Kompetenzen, Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten. Der Grund dafür sind fehlende rechtliche Regelungen - im polnischen wie im deutschen Recht. Bemerkenswert ist, dass es im deutschen Recht zwar Regelungen zur grenzüberschreitenden räumliche Planung im maritimen Bereich gibt, nicht aber für die gemeinsame Planung an Land. Dies muss überwunden werden.

Durch entsprechende Vorschriften könnte die Möglichkeit geschaffen werden, gemeinsam die Arbeit für Visionen und eine Entwicklungsstrategie des deutsch-polnischen Grenzraums zu beginnen, ebenso für eine Normierung und Sanktionierung der informellen Arbeiten im Rahmen der Oder-Partnerschaft.

Die Vision für das Jahr 2030 ist deshalb eine gemeinsame Planung: Gemeinsam statt nebeneinander.

**Dr. Marzenna Guz-Vetter** merkt an, dass die Programmdokumente für die Förderperiode 2014-2020 zwar bereits geschrieben sind, es aus Sicht der EU-Kommission aber sicher keine Einwände gegen die Einbeziehung der Leitbilder etc. bei der Umsetzung von Projekten im Rahmen dieser Programme gibt.

## Modellvorhaben als Instrument der Raumentwicklung

**Dr. Wilfried Görmar** berichtet in Vertretung von **Harald Herrmann, Direktor und Professor des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)**, über die Modellvorhaben der Raumordnung MORO und deren Bedeutung für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Raumentwicklung.



Das Aktionsprogramm „Modellvorhaben der Raumordnung“ - MORO - ist ein wichtiges Instrument zur Umsetzung eines stärker prozess-, aktions- und projektorientierten Planungsprozesses in Deutschland. Als praxisnahes, kooperatives und innovatives Instrument der Raumentwicklungspolitik in Deutschland ist es zu einer Marke geworden. Es ist Ausdruck eines Paradigmenwechsels in der Raumordnung: Programme und Pläne werden durch Aktionen und Projekte ergänzt.

Die Modellvorhaben der Raumordnung werden im Rahmen dieser Konferenz nicht zuletzt aufgrund des Zusammenhangs thematisiert, die sie mit den INTERREG-Projekten haben. Transnationale Projekte sind quasi europäische Modellvorhaben, die Beispiellösungen staatenübergreifend entwickeln.

Ziel des MORO-Programms ist es, gemeinsam mit den Kommunen und Regionen gute Ideen für eine nachhaltige regionale Entwicklung sowie für mehr Lebensqualität umzusetzen und somit den sozialen Zusammenhalt zu fördern. Das BMVI unterstützt mit dem Programm die praktische Erprobung und Umsetzung innovativer, raumordnerischer Handlungsansätze und Instrumente gemeinsam mit Akteuren vor Ort, in den Regionen. Die Modellvorhaben in den Regionen zeigen, wie die von Herrn **Dr. Veit Steinle** vorgestellten Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung mit Leben gefüllt werden.

Nachfolgend erläutert Herr **Dr. Wilfried Görmar** Merkmale und Themen der Modellvorhaben der Raumordnung anhand von drei Modellvorhaben der Raumordnung, die das BBSR im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums in den letzten Jahren initiiert hat:

1. Stadt-Land-Partnerschaften
2. Regionale Daseinsvorsorge
3. Regionale Energiekonzepte

1. Die MORO Stadt-Land-Partnerschaften zielen darauf ab, dass alle Partner mit ihren jeweiligen Stärken zu mehr wirtschaftlichem Wachstum und Lebensqualität in einem Gesamttraum beitragen. Gleichzeitig sollen alle Partner von diesem Mehr an wirtschaftlichem Wachstum und Lebensqualität profitieren. Über vierzig Teilprojekte wurden in acht Regionen – darunter die Metropolregion Mitteldeutschland – umgesetzt, u.a. zu den Themen: Bessere Verkehrsverbindungen, Tourismus, Cluster und Netzwerke von Unternehmen bzw. Wissenschaftseinrichtungen, Daseinsvorsorge.

Zu den Ergebnissen:

<http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/Sonderveroeffentlichungen/2012/StadtLandPartnerschaften.html>

2. Im MORO-Aktionsprogramm „Regionale Daseinsvorsorge“ - [www.regionale-daseinsvorsorge.de](http://www.regionale-daseinsvorsorge.de) - haben 21 Modellregionen langfristig orientierte Anpassungskonzepte an den demografischen Wandel erarbeitet, darunter das Amt Peenetal/Loitz in Vorpommern sowie der Landkreis Uckermark und die Oderlandregion im Land Brandenburg. Grundlage der Arbeit in von diversen regionalen Akteuren gebildeten Arbeitsgruppen war eine Bevölkerungsprognose für die betroffene Region und eine genaue Abschätzung der heutigen und künftigen Betroffenheit von Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Behandelt wurden u.a. die Themen Bildung, Gesundheit, Rettungswesen, Brandschutz, Müllentsorgung. Die Anpassungskonzepte werden mit Umsetzungsprojekten unteretzt und in den meisten Regionen als verbindliches Handlungskonzept beschlossen.

3. Im Modellvorhaben „Regionale Energiekonzepte als strategisches Instrument der Landes- und Regionalplanung“ wurde die Erstellung regionaler Energiekonzepte durch den Regionalen Planungsverband Mecklenburgische Seenplatte, die Energieagentur des Landkreises Bautzen und drei weitere regionale Planungsträger in verschiedenen Regionen Deutschlands begleitet und analysiert. Regionale Energiekonzepte sind ein Planungsinstrument, das neben den Ausbaupotenzialen für erneuerbare Energien auch Empfehlungen für die Energieeinsparung sowie für mehr Energieeffizienz umfasst. Die Regionalplanung ist dabei nicht nur für die Ausweisung benötigter Flächen zuständig, sondern vermittelt auch zwischen den Interessen der Kommunen und den übergeordneten Zielen des Bundes und der Länder. Die Ergebnisse des Modellvorhabens werden in Kürze unter [www.regionale-energiekonzepte.de](http://www.regionale-energiekonzepte.de) abrufbar sein. Wie bereits im Vortrag von **Dr. Maciej Zathy** angeklingen, gewinnt die Beschäftigung mit dem Energiethema an Land durch die Notwendigkeit des Ausbaus der Energieversorgungsnetze enorm an Bedeutung.

Zusammenfassend weist Herr **Dr. Wilfried Görmar** darauf hin, dass Modellvorhaben nicht die formale Abstimmung von Plänen ersetzen können. Sie ergänzen diese aber und sind insbesondere in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit hervorragend geeignet, die inhaltliche Arbeit, das gegenseitige Verständnis und die Kommunikation zu fördern. Sie sind auch ein Beispiel für gemeinsames Lernen, für die Stärkung des Bottom-up-Prinzips, von Subsidiarität und einer Trial-and-Error-Strategie, von Innovation. Sie setzen Kräfte frei, die die Zusammenarbeit im grenzüberschreitenden Kontext fördern können.

Die Erfolge dieser Integration zeigen Statistiken über die Entwicklung der Grenzregionen - im Hinblick auf die Arbeitsmärkte, auf Wirtschaft, Erreichbarkeiten und die Infrastruktur. Sie zeigen aber auch, wo es noch Hemmnisse gibt und Potenziale noch ungenutzt sind. Um die grenzüberschreitenden Wechselbeziehungen zu analysieren, braucht es eine breitere Datengrundlage als bisher und ein gutes Indikatoren-Set. Deutschland soll nicht als Insel betrachtet werden, sondern Raumbewertung grenzüberschreitend organisiert werden. Mit Hilfe eines Modellvorhabens der Raumordnung möchte das BBSR deshalb im Jahr 2015 die Datengrundlagen ausbauen, um noch besser grenzüberschreitende Wechselbeziehungen analysieren zu können.

**Dr. Marzenna Guz-Vetter** betont, dass eine Reihe von Themen, die im Rahmen von Modellvorhaben der Raumordnung behandelt worden sind, auch für die Zukunft der EU-Politiken besondere Bedeutung haben, z.B. Daseinsvorsorge und Energieversorgung. Sie nimmt die Anregung mit, das BBSR bei den ab November anstehenden Besuchen der neuen EU-Kommissare in Berlin mit zu den Stakeholder-Treffen einzuladen.

### **Die deutsch-polnische Grenzregion im europäischen Kontext**

**Ann-Gritt Neuse, ESPON Coordination Unit**, betrachtet in ihrem Beitrag Grenzregionen aus europäischer Perspektive. Anhand der Ergebnisse von ESPON-Projekten geht sie auf deren Bedeutung ein, insbesondere anhand jener, die sich mit dem Thema „Metropolregionen in Grenzräumen“ befassen. Zum Abschluss bietet sie einen Einblick in das ESPON-Projekt ET 2050, das sich mit Szenarien und einer Vision für den Weg Europas ins Jahr 2050 beschäftigt.



ESPON ist das Europäische Raumbewertungsnetzwerk für territoriale Entwicklung und Kohäsion. Dessen Ziel ist es, den politischen Entscheidungsträgern auf allen Ebenen Fakten und Daten zu territorialen Strukturen, Trends und Perspektiven in ihren Städten und Regionen zu liefern. Zielgruppe sind Akteure aller Ebenen aus allen EU-Mitgliedsstaaten sowie den Partnerländern Island, Norwegen, Liechtenstein und Schweiz, die sich mit räumlichen Entwicklungen beschäftigen.

Finanziert wird ESPON aus dem EFRE sowie von den EU-Mitglied- und Partnerstaaten.

Der politische Rahmen der den Aktivitäten im Rahmen von ESPON zugrunde liegt, wird vor allem von der Europa-2020-Strategie mit dem Schwerpunkt Wachstum und Beschäftigung gesetzt. Weitere Schwerpunkte sind Fragen der Erreichbarkeit, des Zugangs zu Leistungen der Daseinsvorsorge und die Funktionen urbaner Regionen, die in Grenzregionen eine wichtige Rolle für die territoriale Kohäsion und eine polyzentrische Entwicklung des europäischen Raums spielen.

Zu den Ergebnissen:

Die EU-Programme zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit unterstützen die Entwicklung der Grenzregionen. Ihre Ziele sind die Überwindung der negativen Folgen administrativer, rechtlicher und physischer Grenzen, die Lösung gemeinsamer Probleme und Ausschöpfung gemeinsamer Potenziale.

Das Projekt ESPON TERCO hat ergeben, dass es großregional unterschiedliche Präferenzen für die Wahl der Kooperationsart gibt. Während im Norden und Westen des Kontinents 2011 die Präferenzen bei INTERREG lagen, waren es in den mittel- und osteuropäischen Staaten

Städtepartnerschaften. Bei INTERREG B und C ist die Intensität der Kooperation insbesondere in peripher gelegenen Regionen und solchen mit besonderen Merkmalen hoch, darunter im Ostseeraum. Andererseits gibt es gerade an der deutsch-polnischen Grenze viele Regionen mit geringer Intensität der Kooperation.

Im Rahmen des ESPON-Projekt ULYSSES wurde die Planung für eine dezentralisierte räumliche Entwicklung in sechs Beispielregionen untersucht, darunter die Euroregion Pomerania einschließlich des damaligen schwedischen Teils. Registriert wurde eine regional sehr unterschiedliche demografische Entwicklung: Bevölkerungszuwächsen im Landkreis Barnim, in Stettin und Umgebung sowie in der Region Skåne stand eine negative Bevölkerungsentwicklung in allen anderen Regionen zwischen 2001 und 2009 gegenüber. Die Geburtenraten waren in allen Teilen an der deutsch-polnischen Grenze rückläufig. Es gab allerdings Bevölkerungszuwächse in kleinräumigen Bereichen des Grenzraums.

Auf der erarbeiteten Karte sind Grenzeffekte erkennbar, die durch unterschiedliche politische Strukturen zustande kommen. Indikatoren, die in die Analyse Eingang fanden, betreffen u.a.: das Planungssystem, Sprachbarrieren, die Teilnahme an INTERREG-Projekten und grenzübergreifende räumliche Entwicklungsstrategien. Die auf der Karte eingezeichneten untersuchten Grenzregionen weisen große Unterschiede auf, insbesondere bezüglich Regierungsform und Steuerungsinstrumente. Die Untersuchung hat aber auch ergeben, dass die institutionalisierte grenzübergreifende Zusammenarbeit über einen erheblichen Handlungsrahmen verfügt und der sozioökonomische Entwicklungsstand einer Region nicht allein ausschlaggebend für ihre Handlungsfähigkeit ist.

Ein weiteres ESPON-Projekt mit Grenzraumbezug war das METROBORDER-Projekt, das sich mit grenzübergreifenden Metropolregionen unter Berücksichtigung einer polyzentrischen räumlichen Entwicklung befasste. Für die Regionen Oberrhein und Großregion/Grande Region wurden Potenziale, Handlungspraktiken und Entwicklungsstrategien für einen Multi Level Governance Approach (ebenenübergreifende Planungs- und Verwaltungsmodalitäten) dargestellt. Der Governanceaspekt ist ausschlaggebend für eine erfolgreiche grenzübergreifende Zusammenarbeit. Er umfasst unterschiedliche räumliche vertikale Ebenen - national, regional, lokal, ebenso unterschiedliche Sektoren auf horizontaler Ebene. Da Governance bereits innerhalb eines Landes oft ein schwieriges Thema ist - ist es umso wichtiger bei Erörterungen von Entwicklungen in der grenzübergreifenden Zusammenarbeit.

**Frau Ann-Gritt Neuse** führt als ein Beispiel die Pendlerflüsse in der Oberrheinregion und der Großregion an, wo es große grenzüberschreitende Pendlerbewegungen gibt, die als Zeichen für einen erfolgreichen Integrationsprozess mit positiven Auswirkungen auf Arbeitsmärkte gewertet werden kann.

Das Projekt GEOSPECS ist ein weiteres ESPON-Projekt mit Grenzraumbezug: Bei einer Fallstudie zu tschechisch-polnisch-deutschen Dreiländereck, die wegen der negativen Folgen der Tätigkeit der Schwerindustrie und des Bergbaus vor nicht allzu langer Zeit noch den Namen „Schwarzes Dreieck“ trug, wurden signifikante ökonomische Unterschiede und auffällige demografische Entwicklungen, darunter eine starke Bevölkerungs-Abnahme

festgestellt. Es konnten seit 1990 große Erfolge im Bereich Umweltverbesserung erreicht werden, zu denen die grenzübergreifende Zusammenarbeit seit Mitte 1990er erheblich beigetragen hat. Es wurde ein Modell entwickelt, das für genau diese Region Hindernisse und Möglichkeiten für die zukünftige Entwicklung am konkreten Modell berechnet und dabei auch den historischen Hintergrund mit einbezieht.

Im Rahmen des Projekts ESPON BSR TeMo wurde ein territoriales Beobachtungsinstrument für die Ostseeregion entwickelt. Erhebliche Gefälle im Bruttoinlandsprodukt und Wanderungssaldo verdeutlichen Unterschiede in den Grenzregionen zwischen Deutschland und Polen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass grenzübergreifende Regionen, insbesondere solche mit urbanen Funktionen, für die territoriale Entwicklung des europäischen Raums höchst relevant sind, da sie durch Wachstums- und Innovationsimpulse die Erholung von der Wirtschaftskrise unterstützen und somit zum Erreichen der Ziele der Europa-2020-Strategie beitragen können.

Es werden weitere Belege und Informationen über vorhandene Strukturen, Potenziale und Hindernisse für die Weiterentwicklung der Grenzregionen benötigt, um passgenaue Handlungsempfehlungen für diese Regionen geben zu können.

Der Governance-Aspekt ist sehr relevant und sollte von den Akteuren von Anfang an in der Projektkoordinierung bedacht werden. Für einen erfolgreichen Prozess, von dem alle profitieren, müssen alle relevanten Akteure involviert werden. Das beinhaltet Politik, Verwaltung, Bevölkerung, Unternehmen. Die Kommunikation der Aktivitäten ist ebenfalls sehr wichtig.

Das Projekt European Territory 2050 (ET2050) ist von den 31 ESPON-Mitgliedsstaaten in Auftrag gegeben worden, um Szenarien und eine Vision für die räumliche Entwicklung der EU bis 2050 zu entwickeln. Es soll:

- alle Herausforderungen berücksichtigen, denen sich die Städte und Regionen gegenübersehen,
- einen schlüssigen und langfristigen Handlungsrahmen aufzeigen,
- Strategien entwickeln, die verschiedene Entscheidungsebenen und Sektoren berücksichtigen.

In der Tat wurde das Projekt aufgrund der Vielzahl der zu berücksichtigenden Aspekte sehr komplex. Der richtige Zeitpunkt für die Erarbeitung einer territorialen Vision bis 2050 ergibt sich jetzt, da:

- die Welt sich zusehends vernetzt, mit Austausch von Informationen, Gütern, Energie und weiteren Ressourcen,
- der Anteil Europas an diesen Flüssen prozentual abnimmt,

- die Erarbeitung eines Szenarios notwendig ist, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen, die Lebensqualität der Einwohner zu verbessern,
- die Wirtschaftskrise in vielen Ländern Europas zu Konsolidierungs- und Sparmaßnahmen geführt hat, die die Erreichbarkeit der Europa-2020-Ziele erschweren,
- viele Länder bereits eigene Visionen und Szenarien entwickelt haben,
- trotz unterschiedlicher Planungsrahmen und -instrumente ein gemeinsamer Ansatz erkannt werden kann, der polyzentrische Strukturen favorisiert - und somit eine gute Grundlage für einen gemeinsamen Ansatz ist.

Nach einer Analyse der territorialen Situation hat das Projektteam ein Baseline-Szenario sowie drei territoriale Szenarien bis 2030 erstellt, die alternative Entwicklungsstränge darstellen. Eines ist marktorientiert und favorisiert größere Metropolen, ein zweites orientiert sich an Netzwerken von „secondary cities“ (zweitrangigen Städte) und ein drittes stellt das Ausgleichsziel mit stärkerer sozialer und regionaler Umverteilung in den Vordergrund. Für 2050 wurden diese Szenarien stärker territorial konkretisiert: A - Europäische Metropolregionen, B - Stärkung von Städten und C - Städtenetzen sowie Kleinstädte und weniger entwickelte Regionen. Die Modellierung zeigt, dass Umverteilungsmaßnahmen auf regionaler Ebene signifikant zu einer Verringerung der Disparitäten beitragen können, ohne das gesamtwirtschaftliche Wachstum zu verlangsamen.

Die Vision wurde in einem partizipativen Prozess unter Einbeziehung von Mitgliedern des Europäischen Parlaments, des Komitees der Regionen, der EU-Kommission und des ESPON-Monitoring-Komitees erstellt. Sie strebt ein gleichmäßiges Wachstum für alle Regionen in Europa an. Dabei hat die Modellierung gezeigt, dass das durchschnittliche Wachstum durch politische Maßnahmen, die Umverteilungen vornehmen, nicht gemindert wird.

Handlungsschwerpunkte werden aufgezeigt, um diese Vision zu erreichen, z.B. für:

- die Verknüpfung Europas mit der Welt,
- die Entwicklungszusammenarbeit mit Nachbarregionen außerhalb Europas,
- die Unterstützung einer ausgeglichenen urbanen Struktur.

Das Endergebnis beinhaltet:

- Ein polyzentrisches Städtenetzwerk, das den gesamten europäischen Raum abdeckt,
- interkontinentale Transport- und Energieverbindungen,
- die Weiterentwicklung von Natur- und Kulturlandschaften, um die Biodiversität und Widerstandsfähigkeit Europas weiter zu stärken.

Mehr Informationen online unter:

[http://www.espon.eu/main/Menu\\_Projects/Menu\\_AppliedResearch/ET2050.html](http://www.espon.eu/main/Menu_Projects/Menu_AppliedResearch/ET2050.html)

## „Visionen 2030“ - Impulse aus der studentischen Ideenwerkstatt:

*Prof. Dr. Marek Dutkowski, Universität Stettin*, bedankt sich für die Einbeziehung der Studierenden in die Konferenz und verweist auf die kurze Zeit, die diese zur Vorbereitung ihrer Visionen der Entwicklung im deutsch-polnischen Grenzraum bis zum Jahr 2030 hatten. Es fanden zu diesem Zweck zwei Treffen statt, das erste in Stettin am 20./21. September und das zweite am 14. Oktober in Berlin.



Die Arbeitsergebnisse werden von den Studierenden vorgestellt:

*Astrid König, Universität Stettin*, und *Wojciech Dyba, Adam-Mickiewicz-Universität Posen*,



präsentieren die Ergebnisse der Arbeitsgruppe 1, „**Gemeinsamer Raum des Lernens und des Spiels**“, das sich auf die Arbeit mit Kindern bezieht. Dies ist ein wichtiges Thema, denn

- Kinder haben einen offenen Geist, sie kennen keine mentalen oder Verwaltungsgrenzen,
- Kinder lernen leicht, durch Spiel und Interaktion,
- Kinder sind neugierig, interessiert an den Dingen in ihrer Nachbarschaft.

Die vielen Ideen der Arbeitsgruppe wurden in einem Projekt unter dem Titel „Odra Krokodil“ miteinander verbunden. „Odra Krokodil“ - das „Oder-Krokodil“ - ist ein Boot, ein deutsch-polnisches schwimmendes Theater, das auf der Oder bzw. auch der Neiße verkehrt. Es ist somit ein wirklicher Raum ohne Grenzen, ein gemeinsamer deutsch-polnischer Ort, der zwischen den

beiden Ländern liegt. Das Boot muss visuell attraktiv und geheimnisvoll sein, um das Interesse von Kindern aus beiden Ländern zu wecken. Der Eintritt zu dem Boot ist die Belohnung für das Kennenlernen der Nachbarn. Der Ausgangspunkt dafür ist gemeinsamer (außerschulischer) Unterricht von Schülern von beiden Ufern des Flusses. Während dieser Übungen werden gemeinsame Theateraufführungen vorbereitet. Gleichzeitig kommt es zu verschiedenen Interaktionen, Kinder lernen einander kennen. Diese Treffen finden abwechselnd auf der einen und der anderen Seite des Flusses statt. Für die Theatervorstellungen legt das Boot einmal auf der deutschen Seite des Flusses an, das andere Mal auf polnischer Seite. Diese Theatervorstellungen können auch auf polnischer Seite in deutscher Sprache von deutschen Kindern gegeben werden und umgekehrt auf deutscher Seite von polnischen Kindern auf Polnisch.

Die Zusammenarbeit, das Überwinden von Barrieren, beginnt bereits im jüngsten Kindesalter.

**Dorota Kot, Technische Universität Berlin,** stellt die Ergebnisse der **Arbeitsgruppe 2, „Stereotype“**, vor. Stereotype sind nicht greifbar - aber fühlbar. Sie entstehen aus Unwissen über andere Menschen. Sie sind im Raum nicht unmittelbar sichtbar. Aber es lohnt sich, ihnen im Raum entgegenzuwirken. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Unterstützung der aktiven Teilnahme der Bürger auf beiden Seiten am öffentlichen Leben, Kommunikation, Erfahrungsaustausch - auf einfache, banale Weise: Treffen, Workshops, Sprachlerngruppen. Bei Dia-Vorführungen, kulinarischen Abenden u.ä. können Menschen sich auch bei fehlenden Sprachkenntnissen verständigen. Ein Beispiel für Dia-Vorführungen sind „Länder-Abende“ wie sie in Berlin durchgeführt werden, bei denen Menschen, die gerne reisen, sich über andere Länder und Kulturen austauschen. Dies würde auch im deutsch-polnischen Grenzraum funktionieren.



Das Konzept sieht die Schaffung von Kultur- und Begegnungszentren an der Grenze vor, von „Kulturfabriken“. Geeignete Standorte wären zentral gelegene, solche von hoher Symbolkraft, also z.B. ehemalige Grenzübergangsstellen. Sollten an diesen Standorten keine Gebäude für diese Nutzung zur Verfügung stehen, wäre der Einsatz von Containern möglich, die je nach Bedarf in Aufbau und Umfang an die aktuellen Bedürfnisse angepasst werden können. Mögliche Standorte für Kulturfabriken wären z.B. Zgorzelec-Görlitz (Speicher) und Gubin-Guben (Theaterinsel). Die Kulturfabriken sollen nicht nur für Großereignisse zur Verfügung stehen, sondern Orte der alltäglichen Begegnung auch im kleinen Rahmen sein.

Oft zeigt sich, dass Bürger an grenzüberschreitenden Aktivitäten nicht interessiert, oft aber einfach nur schlecht informiert sind und deshalb die entsprechenden Projekte nicht wahrnehmen. Deshalb werden als Voraussetzungen für das Funktionieren des Konzepts erachtet:

- Bürgerliches Engagement,
- Bewusste Mitwirkung der Bürger,
- Langfristige Aktivierung lokaler Leader.

Das Gelingen des Konzepts kann zur Entstehung einer deutsch-polnischen Gemeinschaft führen, die nicht mehr von separaten nationalen Identitäten sondern einer gemeinsame, deutsch-polnische Grenzraum-Identität gekennzeichnet ist.

Die Ergebnisse der **Arbeitsgruppe 3, „Sprachbarriere“**, werden von **Melana Jäckels, Technische Universität Kaiserslautern**, und **Przemysław Łonyszyn, Universität Stettin**, vorgestellt. Die Sprachbarriere stellt eines der größten Hindernisse im deutsch-polnischen Grenzraum dar. Sie behindert die Kommunikation, die Grundlage für viele weitere Entwicklungen ist. Es kann festgestellt werden, dass die Menschen auf polnischer Seite viel aktiver und zahlreicher die deutsche Sprache erlernen als umgekehrt Deutsche die polnische Sprache. Ein Grund dafür kann sein, dass vielen Deutschen die polnische Sprache beängstigend vorkommt - z.B. wegen des für Deutsche schwer zu entschlüsselnden Schriftbilds und der schwierigen Aussprache.



Um diesem Problem zu entgegnen, wurden zwei Strategien entwickelt, einerseits formale Hilfen, andererseits ein System namens ELLA. Die formalen Hilfen sind zweisprachige Beschriftungen, wie sie z.B. aus dem Siedlungsgebiet der Sorben/Wenden in Sachsen und Brandenburg oder dem Siedlungsgebiet der Kärntner Slowenen in Österreich bekannt sind.

Das System ELLA (Easy-looking language application / Leicht zu lesende Sprach-Anwendung) beruht auf der phonetischen Umsetzung polnischer Vokabeln mit Hilfe von aus dem Deutschen bekannter Lautverbindungen, womit das Erlernen der Aussprache erleichtert und Hemmschwellen gesenkt werden sollen. Beispiele für die Anwendung wären: Szczecin - Schtschetsin, dworzec główny - dwoschetz guufni, cześć - tschescht. Wer diese leichte Aussprache beherrscht, kann sich bereits hervorragend in Polen verständlich machen. Somit wird der Kommunikation der Weg geebnet und die Voraussetzung für die Annäherung an die Nachbarn geschaffen.

**Tina Marie Lesch, Universität Flensburg,** präsentiert die Ergebnisse der **Arbeitsgruppe 4, „Barrieren abbauen“**. Die Vorstellung erfolgt in Form einer fiktiven Versammlung und Abstimmung zum Bürgerhaushalt einer Doppelstadt für das kommende Jahr. Vorgestellt werden Projektideen, die dazu beitragen, dass jegliche physische Barrieren in der Stadt abgebaut werden und helfen, den demografischen Wandel in der Region zu gestalten. Die Projekte sollen inklusiv und innovativ das Zusammenwachsen der Städte und des gesamten deutsch-polnischen Grenzraums fördern. Dies sind:



### 1. Quartiermanagement

Ein deutsch-polnisches Team von Quartiermanagern bezieht an verschiedenen Orten der Doppelstadt Quartier, widmet sich der Planung von Aktivitäten von, für und mit Anwohnern.

### 2. Der Bordstein muss weg!

Erleichterung des Überquerens der Fahrbahn an allen wichtigen innerstädtischen Verkehrsknotenpunkten durch das Anheben der Fahrbahn, was zugleich zu einer Verringerung der Geschwindigkeit auf den Straßen beiträgt.

### 3. Mehrgenerationenwohnen

Ein altes Fabrikgelände im polnischen Teil der Doppelstadt wurde vom deutschen und polnischen Seniorenrat sowie der Gemeinschaft arbeitender Eltern erworben und soll in einen Wohnkomplex umgewandelt werden, der mit vielen Gemeinschaftsräumen ausgestattet wird und Wohnräume bietet, die den Bedürfnissen der verschiedenen Bewohnergruppen gerecht wird.

Die nachfolgende Abstimmung im Saal ergibt eine Mehrheit für Projekt Nr. 2.

Zum Abschluss wird ein Projekt vorgestellt, das von den Planungsausschüssen aller Doppelstädte und von den Euroregionen unterstützt wird. Es geht um die Schaffung einer Verbindung von A - Ahlbeck - bis Z - Zittau - zu Wasser und zu Lande mit Hilfe sogenannter i-ways, integrierter Wege für alle Verkehrsteilnehmer. Die Abstimmung im Saal ergibt die Zustimmung zur Teilnahme der Doppelstadt an dem Projekt.



**Prof. Dr. Peter Dehne, Hochschule Neubrandenburg** berichtet anschließend über seine Eindrücke aus den Workshops. Er war anfangs verwundert, dass die Studierenden überhaupt nicht über die Grenze diskutierten und auch keine Karten zeichneten, aus denen ein Raumbezug ablesbar gewesen wäre. Stattdessen diskutierten sie über Menschen,

Begegnungen, Austausch, Sprache, den Abbau von Barrieren. Vielleicht ist dies genau der richtige Ansatzpunkt: Die Grenze wegzudenken, im Kopf und in den Diskussionen, und die Regionen beiderseits der Grenze als Ganzes, als einen Raum zu betrachten - dies wäre bereits die Vision für das Jahr 2030. Ausgehend davon fällt es leichter, sich jenen Themen zu widmen, die in den ländlich geprägten Regionen mit wenigen Zentren wichtig sind: das Finden einer gemeinsamen Sprache, der Abbau von Vorurteilen, die Begeisterung von Kindern und Jugendlichen füreinander, Lebensqualität auch für ältere Menschen, Beteiligung und Partizipation.

Die Studenten haben quasi einen Handlungsleitfaden für die Zukunft entwickelt: Grenzen zu überwinden, indem wir den Raum als Ganzes betrachten und uns auf die wirklich wichtigen Aufgaben konzentrieren.

**Prof. Dr. Marek Dutkowski, Universität Stettin**, erinnert an die Geschwindigkeit und Plötzlichkeit, mit der die Umbrüche des Herbstes 1989 vorstättengingen. Daraus kann gelernt werden, dass man im Grenzraum auf plötzliche, unerwartete Ereignisse gefasst sein muss. Die vier vorgestellten Projekte bzw. Visionen können dem Grenzraum helfen, besser auf Ereignisse vorzubereitet zu sein, von denen wir derzeit noch keine Vorstellung haben.

Für alle, die sich bereits seit Jahren mit der Planung beschäftigen, also mit Aktivitäten, die es erlauben, besser auf zukünftige Entwicklungen vorbereitet zu sein, ergibt sich dauernd die Frage, wie Veränderungen im Grenzraum gemessen werden können, welche Indikatoren dafür herangezogen werden können. Eine Möglichkeit wäre der Quotient aus der Anzahl lächelnder Frauen in schönen Kleidern pro Quadratkilometer durch die Anzahl uniformierter, angespannter Männer pro Quadratkilometer. Je höher der Indikator, desto besser. Dieser Quotient ist in den vergangenen 25 Jahren im deutsch-polnischen Grenzraum schon wesentlich angewachsen.

Der Vergleich mit anderen Grenzregionen in der Welt zeigt, dass dieser Grenzraum den anderen etwas anzubieten hat: Positive Erfahrungen. Auch wenn diese zuweilen nur durch mühselige Anstrengungen gewonnen werden konnten, können sie eine Inspiration für andere Grenzregionen in der Welt sein, denen zum Teil noch heute Menschen eines gewaltsamen Todes sterben. Sie können zeigen, dass trotz aller historischen Vorbelastung Zusammenarbeit möglich ist. Die vier vorgestellten Projekte zeigen dies sehr anschaulich und fokussiert auf die Dinge, um die es vorrangig geht: Dass es Orte gibt, an denen wir uns treffen und miteinander kommunizieren, dass wir uns um die Kinder kümmern, dass diese gemeinsam mit Großeltern an einem Ort wohnen können, etc. Dies sind Dinge, die hier erreicht werden können und anderen als Vorbild dienen.



Beide Professoren verleihen ihrer Dankbarkeit für die fruchtbare und lebendige Arbeit der Studierenden Ausdruck.

## **Abschlussplenum, 15.00–16.30 Uhr**

### **Möglichkeiten der Förderperiode 2014-2020 für die grenzübergreifende deutsch-polnische Zusammenarbeit in der Raumordnung:**

#### **INTERREG V B**

#### **Impulse aus dem deutsch-polnischen Forum am 14.10.2014 zur Vernetzung von Kooperationspartnern für zukünftige transnationale INTERREG-Projekte**

*Dr. Wilfried Görmar, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)*

Deutsche und polnische Partner haben langjährige Erfahrungen in der territorialen Zusammenarbeit.

Allein in der transnationalen Zusammenarbeit der Förderperiode 2007-13 wirkten deutsche und polnische Partner in 162 Projekten zusammen, 89 in Mitteleuropa, 71 in der Ostseeregion und sogar in je einem Projekt des Nordsee- bzw. des Alpenraumes. Die Projekte hatte ein Finanzvolumen von rund 433 Millionen Euro, davon 332 Millionen Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung. Insgesamt wirkten 324 polnische und 407 deutsche Partner mit Partnern aus anderen Staaten in den Projekten zusammen. Das Zusammenwirken von deutschen und polnischen Partnern mag zufällig gewesen sein, oft waren diese aber gemeinsame „Motoren“ der Projekte. Zudem hat das Zusammenwirken in transnationalen Projekten auch die bilaterale Zusammenarbeit gefestigt. Diese „Motorenfunktion“ für transnationale Projekte zu stärken und auch die bilaterale und Grenzraumzusammenarbeit zu stärken ist ein wichtiges Anliegen der heutigen Veranstaltung.



Ergebnisse des „Networking Events“

Die Veranstaltung hat sich über die vorhandenen Kontakte, Netzwerke und Partnersuchforen hinaus als zusätzlicher Impuls für künftige transnationale und Grenzraumprojekte erwiesen. Die Teilnehmer waren aufgefordert, ihre Projektideen kurz und prägnant darzustellen und konnten diese dann mit weiteren Teilnehmern und potentiellen Projektpartnern zu diskutieren.

Bei den Projektthemen stellten sich folgende Schwerpunkte heraus:

1. Innovationen, soziale Innovationen, Bildung, Fortbildung, neue Lernformen, Arbeitsmarktpolitik, Förderung des Unternehmensgeistes und KMU-Förderung – insgesamt auch unter Bedingungen des demografischen Wandels sowie unterschiedlicher räumlicher Bedingungen,

2. Effiziente Nutzung von natürlichen und kulturellen Ressourcen, effiziente Flächennutzung und –konversion, Umweltschutz, Wassermanagement, Management von geschützten Gebieten und Förderung der biologischen Vielfalt, Förderung des kulturellen Erbes,
3. Energieeffizienz öffentlicher Gebäude, Förderung erneuerbarer Energien und von intelligenten Energienetzen,
4. Förderung von Binnenwasserstraßen und der e-Navigation sowie von Netzwerken von Logistikzentren entlang von Verkehrskorridoren.

Neben thematischen Hinweisen erhielten die Partner auch solche zu Projektqualitäten. Dies wurde begünstigt durch die Möglichkeit der Diskussion mit Vertretern transnationaler Programmkomitees und Programmsekretariate.

Insbesondere wurde darauf orientiert, die Projekte

- ergebnisorientierter anzulegen (ausgehend vom beabsichtigten Ergebnis bzw. der bezweckten Veränderung her zu entwickeln),
- auf verwertbare, messbare und breit anwendbare Ergebnisse (Kapitalisierung) zu orientieren
- und durch sie längerfristig nutzbare Ergebnisse, Produkte und Strukturen zu schaffen und die Projektfinanzierung dafür als Anschubfinanzierung zu verstehen.

Auf die Nachfrage von Frau **Dr. Marzenna Guz-Vetter**, welche Synergien sich zwischen INTERREG B und INTERREG A ergeben, berichtet Herr **Dr. Wilfried Görmar** beispielhaft von einem Projekt zu Sportboothäfen, das zuerst ein INTERREG-A-Projekt war und dann als B-Projekt im Ostseeraum fortgeführt wurde. Generell können aus lokalen Projektideen transnationale Projekte entstehen bzw. können diese über INTERREG C in den interregionalen Erfahrungsaustausch treten. Umgekehrt ist es auch möglich, Untersuchungen, die im transnationalen Maßstab durchgeführt wurden, an lokalen Beispielen umzusetzen.

## INTERREG V A

**Maciej Nowicki, Abteilungsleiter für Internationale und Regionale Zusammenarbeit des Marschallamts der Woiwodschaft Lubuskie**

In seinem Referat befasst sich der Redner mit den Anforderungen und Möglichkeiten, die sich im Rahmen der grenzübergreifenden Europäischen Territorialen Zusammenarbeit (INTERREG V A) im Programmzeitraum 2014-2020 für Kooperationsprojekte im deutsch-polnischen Grenzraum ergeben.



Im deutsch-polnischen Grenzraum wird es drei INTERREG-V-A-Programme geben:

- Mecklenburg-Vorpommern/Brandenburg/Polen
- Brandenburg-Polen
- Polen-Sachsen

Ausgehend vom Beispiel des Programms Brandenburg-Polen erläutert der Redner die inhaltliche Ausrichtung, die Finanzausstattung, den Kreis der Begünstigten und die Organisation dieser Programme. Dabei wird deutlich, dass alle drei Programme aus den elf von der EU vorgegebenen thematischen Zielen (vgl. EU-VO 1299/2013 i.V.m. EU-VO 1301/2013) dieselben vier für ihre Prioritätsachsen ausgewählt haben:

- Thematisches Ziel 6: Erhaltung und Schutz der Umwelt sowie Förderung der Ressourceneffizienz
- Thematisches Ziel 7: Förderung von Nachhaltigkeit im Verkehr und Beseitigung von Engpässen in wichtigen Netzinfrastrukturen
- Thematisches Ziel 10: Investitionen in Bildung, Ausbildung, und Berufsbildung für Kompetenzen und lebenslanges Lernen
- Thematisches Ziel 11: Verbesserung der institutionellen Kapazitäten von öffentlichen Behörden und Interessenträgern und der effizienten öffentlichen Verwaltung durch Förderung der Zusammenarbeit in Rechts- und Verwaltungsfragen und der Zusammenarbeit zwischen Bürgern und Institutionen

An die Projekte werden in der neuen Förderperiode erhöhte Anforderungen gestellt. Verpflichtend ist die gemeinsame Projektvorbereitung und -durchführung. Außerdem muss entweder gemeinsames Personal oder eine gemeinsame Finanzierung gewährleistet werden. Der Redner unterstreicht die Möglichkeit der Teilnahme von Projektpartnern von außerhalb des Fördergebiets im Rahmen der sogenannten 20-Prozent-Flexibilitätsregelung, sofern die Förderung grenzübergreifend wirkt und dem Fördergebiet zugutekommt.

Als mögliche Themen der Zusammenarbeit im Bereich der räumlichen Planung erwähnt der Redner abschließend:

- Verbesserung der institutionellen Kapazitäten und der Zusammenarbeit zwischen Institutionen, die sich mit der Raumplanung beschäftigen,
- Zusammenarbeit im Verkehrsbereich (Straßen und Bahnen),
- Energie (Braunkohle, Windparks, erneuerbare Energien),
- Grenzübergreifende Konzepte, Studien und Strategien.

## Kurzrapports aus den vier Workshops

### 1. „Grenzübergreifende Verflechtungen“

**Berichterstatter: Jens Kurnol, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)**

Schwerpunkt des Workshops waren die Verflechtungen in der Metropolregion Stettin und in den Doppelstädten an der Oder und der Neiße. **Stanislaw Dendewicz, Direktor des Regionalen Raumplanungsbüros der Woiwodschaft Westpommern** und **Renate Hoff, Abteilungsleiterin in der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg** berichteten über den Entstehungsprozess und die weiteren Schritte. **Sören Bollmann** und **Dr. Joanna Pyrgiel** vom **Frankfurt/Slubicer Kooperationszentrum** wiederum ergänzten diesen regionalen Ansatz um Erfahrungen in der alltäglichen Zusammenarbeit zweier zusammenhängender Kommunen.



Die anschließende Diskussion zeigte, dass die Aktivitäten zu einer besseren Governance der grenzüberschreitenden Verflechtungen der Realität hinterherhinkt. Faktisch haben sich bereits grenzüberschreitende Verflechtungsräume gebildet. Über diese wissen wir aber aufgrund ungenügender und vor allem nur bedingt vergleichbarer Daten und Zahlen noch zu wenig. Eine kontinuierliche Raubeobachtung mit wenigen und einfachen geeigneten Indikatoren kann eine Grundlage für bessere Entwicklungsprognosen bilden.

Aufgrund der Vielzahl der Akteure und der unterschiedlichen Verwaltungssysteme sind informelle raumplanerische Kooperationsformen derzeit das geeignete Instrument. Zur Verstetigung und Selbstverpflichtung sind aber ab einem gewissen Punkt eine geeignete Organisationsform und die Bereitstellung personeller Kapazitäten erforderlich. Diese scheint mit dem Kooperationszentrum für Frankfurt und Slubice gefunden. Für die Metropolregion Stettin steht dies auf der Tagesordnung.

### 2. „Grenzüberschreitende Erreichbarkeiten“

**Berichterstatter: Jürgen Roß, Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg VBB**

Der Workshop befasste sich mit zwei thematischen Schwerpunkten, einerseits mit der grenzüberschreitenden Integration von Tickets und Fahrplänen, andererseits mit der Organisation grenzüberschreitender Eisenbahnverkehre.



**Agnieszka Zakoś, Stellvertretende Abteilungsleiterin Infrastruktur im Marschallamt der Woiwodschaft Niederschlesien, und Dirk Benofsky vom Zweckverband Verkehrsverbund Oberlausitz-Niederschlesien** berichteten über die Erfahrungen mit dem Euro-Neisse-Ticket seit dessen Einführung im Jahre 2004. Es gilt auf 650 Bus- und Bahnlinien in der sächsischen und polnischen Oberlausitz sowie im Norden Tschechiens. Es funktioniert trotz unterschiedlicher Preise in den drei Ländern und wird vorwiegend von Touristen genutzt. Bei der Nutzung durch Bewohner der Region gibt es hingegen noch viele Potenziale, deren Erschließung im Mittelpunkt der Kooperation in der nächsten Zeit steht - durch bessere Information, besseres Marketing und inhaltliche Weiterentwicklung, die Schaffung neuer Angebote (Tickets, Information, Verkehrsangebote). Während auf deutscher Seite die Verkehrsverbände die Zuständigkeit für den ÖPNV in der Region haben, ist der Organisations- und Finanzierungsrahmen in Polen und Tschechien ein anderer, was es schwieriger macht, die nötigen Ansprechpartner zu finden. In Polen sind Änderungen durch ein neues ÖPNV-Gesetz bei den Zuständigkeiten für regionale Busverkehre zu erwarten, von denen eine Stabilisierung von Strukturen in der Kooperation erwartet wird.

**Michael Wuth, Leiter Vertrieb und Fahrplan, DB Netz AG, Regionalbereich Ost und Bernard Rogoziński, Leiter, PKP Polskie Linie Kolejowe S.A., Zentrum für Fahrpläne in Warschau, Zweigstelle für Fahrpläne in Breslau,** berichteten von den Erfolgen und Hindernissen bei der Zusammenarbeit im Bereich der grenzüberschreitenden Schieneninfrastruktur. Sie gaben einen Überblick über den infrastrukturellen Zustand an einzelnen Verknüpfungspunkten zwischen Deutschland und Polen und den zulaufenden Strecken, mit Fokus auf Sachsen und Niederschlesien. Während die Zusammenarbeit der beiden Infrastrukturbetreiber sehr gut funktioniert, fehlt es vielerorts an Zügen, die die Infrastruktur nutzen. Deshalb ergeht die Aufforderung an Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen, die Infrastruktur zu nutzen und Züge zu bestellen. Diese Aufforderung richtet sich auch an die nationalen Fernverkehrsanbieter, die inzwischen ihre Angebote fast vollständig zurückgezogen haben. Die Einstellung des EC Wawel Hamburg-Breslau ist ein trauriger Tiefpunkt dieser Entwicklung. Auch besteht Klärungsbedarf, wie die Grenzbahnhöfe für Umsteigeverbindungen im Regionalverkehr besser genutzt werden können. Technische Restriktionen für Schienenfahrzeuge aus dem Nachbarland führen hier zu Regelungen, die nicht immer transparent und nachvollziehbar sind. Ein besonders krasses Beispiel ist der Bahnhof in Görlitz.

Um die Entwicklung grenzübergreifender Angebote voranzutreiben wurde vereinbart, dass weitere Gespräche zwischen PKP PLK und DB Netz AG mit dem Runden Tisch Verkehr der Oder-Partnerschaft stattfinden sollen, um insbesondere die Frage der Zugänglichkeit der Grenzbahnhöfe für Fahrzeuge aus dem Nachbarland zu klären - damit in nicht allzu ferner Zukunft z.B. auch Züge der Koleje Dolnośląskie auf dem Bahnhof Görlitz einfahren können.

### 3. „Touristische Entwicklung“

**Berichterstatterin: Aneta Szcześniewicz, Tourismusverein Frankfurt (Oder) e. V.**

Der Workshop widmete sich den Themen touristische Erschließung und Entwicklung. Er sollte die Diskussion zum nachhaltigen Tourismus unter Schlüsselakteuren einleiten und zum Aufbau verbesserter Kooperationsstrukturen anregen. Stärken und Schwächen der Grenzregion sollten diskutiert und eine gemeinsame Vision für den Grenztourismus und seine Entwicklung formuliert werden.



Wichtig war auch der Informationsaustausch über begonnene deutsch-polnische touristische Aktivitäten und Projekte sowie Beispiele für die erfolgreiche grenzübergreifende Zusammenarbeit bei der Vermarktung.

Eingangs berichteten **Antje Popp, Europäischer Parkverbund Lausitz**, und **Ryszard Kowalczyk, Gemeindevorsteher der Gemeinde Brody**, über die **Inwertsetzung und Vernetzung touristischer Potenziale** im Rahmen des Europäischen Parkverbunds Lausitz. Sie betonten, dass es aus Sicht der Gäste ein großes Potenzial für den Kulturtourismus gibt, der deutsche und polnische Geschichte verbindet, und für Angebote attraktiver grenzübergreifender Naturerlebnisse.

Die von **Ewa Przydrożny, Büroleiterin der Großpolnischen Tourismusorganisation**, und **Martin Fennemann** von der **TMB Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH**, anhand der Tourismuskoooperation im Rahmen der Oder-Partnerschaft präsentierten Beispiele belegen, dass touristische Organisationen und Leistungsträger erfolgreich gemeinsam agieren und sich gegenseitig bei der **Vermarktung touristischer Produkte** unterstützen.

Die anschließende Diskussion führte zu folgenden Ergebnissen:

Akteure benötigen für ihre Arbeit Informationen über aktuelle Trends und Statistiken, die oft auf einer Seite der Grenze nicht zur Verfügung stehen (z.B. Tourismusbarometer). Das Gleiche betrifft Informationen zur touristischen Infrastruktur und zu Verkehrsverbindungen, die oft nicht zugänglich oder aber nicht nachvollziehbar sind.

Es besteht ein großes Potenzial für die weitere Entwicklung und gemeinsame Vermarktung grenzübergreifender Bausteinangebote. Bestehende Produkte können durch gemeinsame Vermarktung sichtbarer auf dem Markt platziert werden. Bausteine gewinnen gegenüber Package-Angeboten an Bedeutung, Touristen erstellen sich selbst aus Bausteinen ihre Reisen.

Gemeinsam entwickelte professionelle Angebote, die Langfristigkeit und Verbindlichkeit voraussetzen, tragen zur Attraktivität und Profilierung der touristischen Region bei. Die Kooperation mit Nachbarn im internationalen Rahmen als Priorität zu betrachten hilft, die

Produkte auf der jeweils anderen Seite effektiv zu vermarkten und Potenziale zu erschließen. Tourismus kennt keine Grenzen: Für dessen zukunftsfähige Gestaltung müssen die touristischen Organisationen und Unternehmen über die Grenze hinweg ihre wirtschaftlichen Ziele und Strategien verbinden.

Was die neue INTERREG-A-Förderperiode betrifft, sind die Möglichkeiten für die touristische Entwicklung noch unsicher. Diesbezüglich ist keine Planung möglich, solange die Realisierbarkeit von Ideen unklar ist. Die stärkere Nutzung europäischer Organisationsformen (Beispiel EVTZ, EWIV) ist zukünftig erforderlich, um die grenzübergreifende touristische Entwicklung weiter zu ermöglichen und wirtschaftliche Effekte zu erreichen. Die Schaffung deutsch-polnischer Kooperationsnetzwerke als Form grenzüberschreitender Vermarktungsstrukturen stellt eine Herausforderung dar, um zukünftig die Kooperation und den ständigen Informationsaustausch nicht nur auf Länder- und regionaler Ebene, sondern insbesondere auch lokaler Ebene zu gewährleisten, die mit den alltäglichen Herausforderungen vor Ort konfrontiert wird. Ausgehend von der Basis können dann große Netzwerke weiter ausgebaut werden.

#### **4. „Bedarfe und Instrumente lokaler grenzübergreifender Zusammenarbeit“**

**Berichterstatter:** *Dr. Maciej Zathej, Abteilungsleiter Regionalentwicklung im Marschallamt der Woiwodschaft Niederschlesien*

In diesem Workshop wurden Herausforderungen und Instrumente der lokalen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit thematisiert. Über gute Beispiele und anstehende Herausforderungen bei der grenzübergreifenden Kooperation berichteten Vertreter aus allen Teilräumen des deutsch-polnischen Grenzraums.



Der Bericht von **Frank Gotzmann, Amtsdirektor des Amtes Gartz (Oder)**, befasste sich mit den Chancen, die das Amt Gartz (Oder) durch seine Nähe zur Metropole Stettin nutzen möchte, und den Hindernissen, die dieser Nutzung noch im Wege stehen. Durch den Zuzug junger Familien aus Polen in den Amtsbereich ist die negative demografische Entwicklung abgebremsst worden, entgegen dem Trend in vergleichbaren Regionen. Es ergeben sich dadurch in der Kommune aber auch besondere Anforderungen, z.B. was die Gewährleistung muttersprachlichen Unterrichts für Kinder aus polnischen Familien betrifft. Die Bewältigung dieser und anderer lokaler Herausforderungen, wie z.B. grenzüberschreitende Busverbindungen, würde die Kommune gerne durch eine stärkere grenzübergreifende Stadt-Umland-Kooperation mit der Stadt Stettin fördern. Diese wiederum ist in die übergeordneten Konzepte der Grenzübergreifenden Metropolregion Stettin eingebettet. Angesichts einer seit 1945 eingleisigen Bahnstrecke und teilweise noch aus dem Baujahr 1938 stammenden Autobahn nach Stettin ist insbesondere die Sicherung einer belastbaren grenzüberschreitenden Infrastruktur ein wichtiges Thema für die Kommunen in der Region.

**Silke Steiniger** von der **Stabsstelle des Bürgermeisters und für Wirtschaftsförderung der Stadt Forst (Lausitz)** legte dar, dass im Grenzraum um Forst (Lausitz) die Verkehrsinfrastruktur ebenfalls ein zentrales Thema ist, nicht zuletzt da der Logistikstandort in starkem Maße vom Funktionieren der Autobahn und der Eisenbahnverbindung Berlin-Breslau abhängig ist, aber auch von der Nutzbarkeit bestehender Grenzübergänge für den Frachtverkehr und deren Anbindung an übergeordnete Straßen. Fortschritte wurden bei den touristischen Angeboten und touristischen Infrastruktur erzielt, nicht zuletzt dank der Förderung durch INTERREG A.

Über umfangreiche Maßnahmen zum Ausbau der touristischen Infrastruktur im Grenzraum berichteten **Mariola Kowalska, Bevollmächtigte für die Europäische Integration, Olaf Napiórkowski, Sekretär des Kreises vom Landratsamt in Żary** und **Joanna Tokarczuk, Leiterin der Abteilung für Investitionen, Kommunalwirtschaft und Wohnungswesen** aus der **Gemeindeverwaltung Zgorzelec** u.a. anhand des INTERREG-A-Projekts „Abenteuer mit der Lausitzer Neiße“. Auch in Bereichen wie Brandschutz, Rettungswesen, Gesundheitswesen und Bildung wird intensiv miteinander kooperiert. Im Rahmen geförderter Projekte geknüpfte Kontakte und Netzwerke werden auch nach deren Beendigung aufrechterhalten und weiterentwickelt. Neben den konkreten Verbesserungen bei der infrastrukturellen Ausstattung der Region wurden als positive Ergebnisse der Kooperation das bessere Kennenlernen der Strukturen und Arbeitsweisen der Partner sowie das gewachsene Vertrauen zwischen diesen erwähnt. Das Zusammenwirken der Partner erlaubt es, deren jeweilige Stärken zum gemeinsamen Nutzen in Anwendung zu bringen. Kritik wurde an hinderlichen Strukturen und umständlichen Prozeduren im Rahmen der INTERREG-A-Förderung geäußert, z.B. hinsichtlich des Fehlens einer Möglichkeit der Vorfinanzierung sowie hinsichtlich der Abrechnungsmodalitäten und der Erreichbarkeit der zuständigen Stellen.

Im Rahmen der nachfolgenden Diskussion wurde unterstrichen, dass trotz aller Hindernisse bei der Ausgabe und Abrechnung von EU-Mitteln entscheidende Erfolge mit den zur Verfügung stehenden Instrumenten erreicht werden konnten. Es wurde erörtert, mit welchen Instrumenten - auch nichtfinanzieller Natur - die Förderung der grenzübergreifenden Kooperation nach dem Auslaufen von INTERREG fortgeführt werden kann. In diesem Zusammenhang wurde die Rolle von EVTZ und Euroregionen andiskutiert, ebenso die Nutzung der Mainstream-Strukturförderung für grenzübergreifende Projekte. Als zentrale Herausforderung wurde die Erarbeitung einer gemeinsamen Vision über die Entwicklung des Grenzraums und der Aktivitäten zu ihrer Erreichung benannt - die gemeinsamen Ziele sollten in den Fokus rücken und nicht die noch bestehenden administrativen Hindernisse.

Einigkeit bestand, dass die Akteure in der Region mental auf die Realisierung von Kooperationsprojekte in einem breiten Themenspektrum eingestellt sind, diese Bereitschaft jedoch noch weiter verbessert und die entsprechenden Mitarbeiter geschult werden müssen. Dies betrifft auch und vor allem Maßnahmen zur Überwindung der Sprachbarriere, die bisher nur im bescheidenen Umfang Erfolg gehabt haben. Der Bildung kommt eine Schlüsselrolle als Grundlage für die weitere Zusammenarbeit zu. Sie kann entscheidend zur Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses des gemeinsam bewohnten Raums, eines

grenzüberschreitenden regionalen Bewusstseins, einer grenzübergreifenden Identität beitragen, die der Betrachtung des Kooperationsraums als ein Raum ohne Barrieren – nicht nur ohne administrative Grenzen – den Weg ebnet. Denn von der Entwicklung der Einstellungen der Menschen im Grenzraum hängt die zukünftige Entwicklung des Grenzraums ab.

## „Farbe bekennen“

### Fazit und Ausblick des Deutsch-Polnischen Raumordnungsausschusses

Zum Abschluss fassen die *Ko-Vorsitzenden des Deutsch-Polnischen Raumordnungsausschusses*, *Dr. Katharina Erdmenger* vom *Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI)* und *Magdalena Zagrzejewska* vom *Ministerium für Infrastruktur und Entwicklung (MIR)* ihre Schlussfolgerungen aus der Konferenz mit Blick auf die Arbeit des Ausschusses zusammen.

Unter der Losung „Wir haben einen Traum“ präsentieren sie ihre gemeinsame Vision für den deutsch-polnischen Grenzraum im Jahr 2030:

Es gibt ein einheitliches Planungskonzept für den deutsch-polnischen Grenzraum, in dem keine Grenze mehr verzeichnet ist. Entwickelt wird es gemeinsam von Planern aus beiden Ländern, auf der Basis gemeinsamer Datengrundlagen. Die Ergebnisse des Planungsprozesses werden den Bürgern der Region vorgelegt, die darüber abstimmen können, welche Projekte zuerst umgesetzt werden sollen.



Um dieses Ziel zu erreichen, wird sich der Raumordnungsausschuss von der Arbeit aus den Modellprojekten inspirieren lassen. Dessen Treffen bieten Raum für den Meinungs austausch, für die Aufnahme von Ideen und Anregungen der Akteure sowie für den Erfahrungsaustausch und die Verbreitung von Wissen über konkrete Projekte, wie z.B. Metropolregion Stettin, IPPON sowie INTERREG-Projekte. Wichtige Grundlagen der gemeinsamen Arbeit sind unter anderem die Leitbilder der Raumordnung in Deutschland und die Nationale Raumbewirtschaftungskonzeption (KPZK) in Polen.

Um den Planern in Polen und Deutschland abgestimmte Daten über den Grenzraum zugänglich zu machen, könnte der Raumordnungsausschuss ein Arbeitsauftrag für eine Potenzialanalyse an ESPON richten. Auf der Grundlage belastbarer Fakten sollen darin Chancen und Möglichkeiten der Entwicklung des Grenzraums analysiert werden.

Ausgehend von einer während der polnischen Ratspräsidentschaft entwickelten Studie zum ortsbezogenen Ansatz, in der untersucht wurde, wie die räumliche Dimension in die EU-Förderung, insbesondere auch für die allgemeine Strukturförderung (EFRE etc.) eingebracht

werden kann, will der Raumordnungsausschuss darauf hinweisen, welche Möglichkeiten die Operationellen Programme 2014-2020 eröffnen, die für eine territoriale, grenzübergreifende Nutzung von Fördermitteln aus den Mainstreamprogrammen genutzt werden können. Gefördert werden könnten auf diesem Wege z.B. Projekte zu den Themenbereichen Funktionalräume, Doppelstädte und grenzüberschreitende Stadt-Umland-Kooperation.

Eine Herausforderung für die gemeinsame Arbeit war und ist die Abstimmung der nationalen Konzeptionen - Leitbilder der Raumordnung und KPZK - damit Aussagen, die Bezug zum jeweiligen Nachbarland haben, sich miteinander decken. Entsprechende Arbeiten und Konsultationen haben bereits begonnen und werden unter der Beteiligung von Akteuren von nationaler, regionaler und lokaler Ebene fortgeführt.

Zum Ende der Konferenz danken die Ko-Vorsitzenden den Teilnehmern und allen, die zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen haben.

Hinweis:

Diese Dokumentation wurde auf Basis von Mitschriften und der vorliegenden Vorträge und Präsentationen erstellt. Die Texte wurden nicht mit den Referentinnen und Referenten abgestimmt. Trotz gründlicher Durchsicht können vereinzelte Ungenauigkeiten deshalb nicht ausgeschlossen werden.

Autor: Christian Gering, INFRASTRUKTUR & UMWELT Professor Böhm und Partner